

Ich will nicht kraftmeierisch reden und unterwerfe mich nicht einer der manifestischsten Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft, dem positive thinking, nach der man immer zuversichtlich, optimistisch und gut drauf zu sein hat. Lasst uns lieber – angesichts dessen, was gegenwärtig fast ungebrochen in Deutschland und der Welt auf dem Vormarsch ist – unser Erschrecken, unser Überwältigtsein eingestehen.

Theoretische Erkenntnisse – etwa, dass die Barbarei nicht der Gegensatz der Zivilisation sei, sondern ihr innewohne, von ihr hervorgebracht werde – bestätigen sich praktisch. Das Wahnhafte feiert Triumphe. Das jüngste Beispiel ist in Brasilien zu besichtigen. In Brasilien! Das vor kurzer Zeit noch ein Sehnsuchtsort für viele Linke, für NGOs und Weltsozialforum, für Lula-Verehrer war. Ein evangelikaler Irrer, ein Anhänger der Militärdiktatur, ein Prophet des großen Aufräumens, ist *gewählt* (und eben nicht wie z.B. Pinochet in Chile durch einen Militärputsch an die Macht gelangt) – und wir kennen die Zahl der Toten und Gefolterten, die seine Herrschaft zeitigen wird, nicht. Vielleicht fürchten wir, dass sie philippinische Ausmaße erreichen wird.

Der starke Mann der italienischen Regierung, Salvini, ist Faschist und Innenminister und lässt durch Taten, Gesten und Redewendungen keine Gelegenheit aus, seine Nähe zu und Bewunderung für Mussolini zu demonstrieren. Und in Italien gibt es praktisch keine wirkmächtige Linke, nur Marginalisierte, Versprengte, die sich meiner größten Sympathie sicher sein können. In vielen Gegenden Europas, in seinem Osten und Südosten besonders ausgeprägt, wird ein Geschichtsrevisionismus gepflegt, werden Hitlers Verbündeten Denkmäler gebaut – und wenn Kroatiens Fußballer ganz besonders mit ihren Fans ein Herz und eine Seele sein wollen, zeigen sie den Ustascha-Gruß.

Ich kann und will hier keine Beurteilung der sogenannten Weltlage vornehmen; die Tendenz, die ich angerissen habe, ist, bei allem Widerständigen und Gegenläufigen (dem ich verbunden bin), die gegenwärtig siegreiche. Der bräsige Sinnspruch, dass alles nicht so heiß gegessen wie gekocht werde; die pseudo-besonnene Besserwisserei gegen allen sogenannten Alarmismus; der sonnige Verweis, das Barbarische werde bald abgewirtschaftet haben, haben historisch eher verhindert, dass das antifaschistisch Machbare auch getan wurde.

Jedenfalls – und das ist für unser heutiges Thema zentral – eine Prämisse deutscher Politik entfällt fast komplett: die Rücksicht auf das Ansehen im Ausland; die Mäßigung um des Exportgeschäfts willen; das Nicht-Reden, wie einem der Schnabel gewachsen ist. Der Wegfall dieser Notwendigkeiten angesichts der Trumps und Erdoğan; dieser Wegfall fördert die Enthemmung. Damit bin ich bei der Reflexion zum Thema Erinnerungspolitik, die mir die Veranstalter aufgetragen haben. Meine Überzeugung: Die Erarbeitung dessen, was tatsächlich geschah, also die Beseitigung zweckvoller Lügen (dazu mögen die Studien zur Geschichte von Ministerien und Konzernen oder die Forschungen Goldhagens oder die Wehrmachtsausstellung – zu deren Verteidigung wir damals demonstrierten – wie die Anstrengungen des VVN und des Auschwitz-Komitees zählen) fand Zustimmung/Unterstützung nur bei einer *Minderheit* der Deutschen. Die Mehrheit hat all das bestenfalls „ertragen“ oder hat sich demonstrativ langanhaltend applaudierend auf die Seite Martin Walsers gestellt bei seinem zornigen Aufbegehren gegen die „Dauerrepräsentation unserer Schande“ in der Paulskirche, diesem Akt der demonstrativen Isolierung des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignaz Bubis. Als Beweis meiner These (für die ich auch Resultate der empirischen Meinungsforschung anführen könnte), mag dienen, dass Helmut Schmidt die Beliebtheitsskala von „bedeutenden Politikern“ so viele Jahre anführte, nicht obwohl, sondern weil er in seinen Büchern und Interviews der Wehrmacht, deren Offizier er war, jenen Persilschein ausstellte, den Höcke und Gauland und Kubitschek heute fordern.

Ganze Sektoren der Gesellschaft blieben von der (progressiven, der Wahrheit verpflichteten) Erinnerungspolitik praktisch unbeleckt/unangefochten. Wir können ganz nüchtern sagen: Dürften in Deutschland nur die Angehörigen etwa von Verfassungsschutz, Polizei, Bundeswehr wählen, verfügte die AfD über die absolute Mehrheit. Diese Berufe setzen eine bestimmte Mentalität voraus (“Niemand muss Bulle sein“ heißt ein Album von Feine Sahne Fischfilet), und paart sich diese Mentalität mit einer bestimmten Traditionspflege, dann konserviert und verlängert sich, was den Gründungsakt der Bundesrepublik Deutschland so absolut geprägt hat: Es war für Karriere und

berufliches Vorankommen förderlich, NSDAP- oder SS-Mitglied gewesen zu sein, wie es heute förderlich ist, eine extrem rechte Gesinnung zu haben. Anders ist weder der Zusammenhang NSU und Verfassungsschutz noch ein Präsident Maaßen zu erklären, der sich ganz in der Weimarer Tradition von linksradikalen Sozialdemokraten, von Dolchstoßern umzingelt sieht. Das ist wahnhaft. Schreibt er ein Buch, da bin ich sicher, könnte das die Verkaufszahlen des Drecks von Thilo Sarrazin erreichen.

Die Erinnerungspolitik – zweitens – war zugleich für eine vergleichsweise große Minderheit akzeptabel, weil es der Herrschaft gelang, sie von jeder Deutschland fesselnden, beschränkenden, etwas verbietenden oder etwas kostenden Konsequenz befreit wurde.

Die Erinnerung – die immerhin die Opfer kein zweites Mal tötet – ist kein Hindernis für die faktische Abschaffung des Asylrechts gewesen, kein Hindernis für das Wiedererlangen deutscher Kriegsfähigkeit, und sie ist (von ein paar Brosamen abgesehen) praktisch kostenlos.

Der Arbeitskreis Distomo kommentiert des Bundespräsidenten kürzliche Griechenland-Visite, bei der er auch das ehemalige KZ Chaidari besuchte, angemessen bitter. Wieder wird „pflichtschuldig auch der Opfer deutscher Verbrechen während der Besatzung gedacht. Doch mit der gleichen Selbstverständlichkeit wird die Forderung nach Entschädigung für die Verbrechen zurückgewiesen. So ist es deutscher Brauch ... Hierfür ist federführend Frank-Walter Steinmeier verantwortlich, er war und ist einer der wichtigsten Protagonisten der Entschädigungsabwehr.“

Antifaschismus, das möge dieses Beispiel paradigmatisch lehren, kann/darf nicht Bestandteil des herrschenden Konsens der Demokraten sein. Antifaschismus hat eigene Maßstäbe – oder er gibt sich auf. Wenn der Antifaschismus nicht mehr die Rechtsentwicklung *aller* Parteien kritisch zum Gegenstand hat, wenn er nicht mehr bilanziert, welche flüchtlingspolitischen Forderungen der AfD längst in Programmatik und und staatspolitische Praxis der Bundesregierung eingegangen sind (Journalisten wie Peer Heinelt oder Pro Asyl haben das akribisch aufgelistet), von faktischer Obergrenze über Ankerzentrums-Gefängnisse, von Türkei-Abkommen über Vereinbarungen mit Warlords und afrikanischen Despoten, vom organisierten Ertrinken im Mittelmeer über Abschiebungen nach Afghanistan, also in den möglichen Tod, gibt er sich auf. Die Kanzlerin organisiert das zweckrational und ohne hetzerische Rhetorik; sie organisiert praktisch, dass sich 2015 nie wiederholen kann. Dass das der AfD und Seehofer nicht genügt, ist bekannt, aber kein Grund, die linke Gegnerschaft zur Staatspolitik abzumildern.

Österreichs Kanzler Kurz ist bekanntlich das Idol bestimmter Kreise der CDU/CSU (er konkurriert etwas mit Ungarns Orbán um diese Stellung) – und Kurz steht eben für das Regierungsbündnis mit den Nazis von der Freiheitlichen Partei. Diese Perspektive ist in Deutschland nicht gewiss, aber sehr wohl möglich. Ich lebe jedes Jahr so drei Monate in Graz und kann beurteilen, was das für das gesellschaftliche Klima und die großen Medien, die den faschistischen Innen- und Verteidigungsministern untätigst begegnen, bedeutet. Von gleich großem Gewicht ist allerdings, dass in einem österreichischen Bundesland, dem Burgenland, die Sozialdemokraten mit den Nazis koalieren. Das erst macht die Oppositionslosigkeit dort so manifest. So viel zum Thema kleineres Übel.

Noch einmal – zum Schluss und ganz kurz – zurück zum Thema Geschichts- bzw. Erinnerungspolitik.

Der rechte Vormarsch drückt sich nicht nur im unmittelbar Politischen, also etwa den Wahlergebnissen der AfD oder der Teilnehmerzahl der Zusammenrottung, die wir heute verhindern wollen, aus, sondern auch im sogenannten Metapolitischen, im Kampf um die sogenannte kulturelle Hegemonie.

Ein Phänomen, das ich gerade untersuche, ist der Vormarsch des rechten Kampfbegriffs „Heimat“ in alle politischen Lager. Bitte beachtet, was ich da publizieren und auf die Bühne bringen werde – das ist wirklich wichtig.

Ein anderes Phänomen ist das Heranschmiegen oder Heranschleimen an Schriftsteller und Philosophen, die eigentlich die Hausgötter der Jungen Freiheit und in Schnellroda sind. Gefährliche, antidemokratische, völkische, kriegsverherrlichende Hausgötter – unsere Feinde!

Beispielsweise lese ich beim immer so toleranten und freundlich Robert Habeck von den Grünen in

seinem neuen Buch: „Auch Konservative oder Reaktionäre schreiben literarisch oder philosophisch bedeutsame Werke. Manchmal großartige. Oft sogar, *weil* sie konservativ oder reaktionär sind, wie die von Knut Hamsun, *Ernst Jünger*, Botho Strauß, Martin Heidegger.“

So ist also Ernst Jüngers „Stahlgewitter“ in den Rang eines sowohl bedeutsamen als auch großartigen Werks erhoben – und mit ihm die sogenannte Konservative Revolution, die Wegbereiter Hitlers, die Ahnen heutiger Nazis. Jeder Antifaschist, der „Stahlgewitter“ und Ernst Jünger kennt, möchte kotzen, hoffe ich.

Für mich ist linker Antifaschismus das Bündnis zwischen Systemkritik und radikalem Humanismus. Ich möchte keinem imaginierten WIR angehören, das behauptet, MEHR zu sein. Das wäre eine politisch-gesellschaftliche Minderheit, na klar, was sonst, aber immerhin ein Anfang.